Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg. | Abonnementspreis. Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern. | Leipzig, den 17. April 1919 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 41

Rätewesen und Rätedogma

Vor einer Woche besprachen wir hier die erste Rätevorlage. Was da in Nr. 38 über die Verankerung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten in der Verfassung gesagt wurde, bedarf einer kleinen Korrektur. Wir mußten die ersten, durch ihre Kürze unklaren Zeitungsmeldungen über eine zweite Veröffentlichung der Reichsregierung benutzen. Dadurch kam es, daß unserseits als das angekündigte Spezialgesetz angesehen wurde, was in Wirklichkeit die in Aussicht gestellte ausführliche Begründung zu der (erörterten) Erweiterung des § 34 der Verfassung sein sollte. Eine andre Beurteilung macht dieser durch die Art der Veröffentlichung hervorgerufene entschuldbare Irrtum jedoch nicht notwendig. Es wäre ungerecht und ist ja auch weiter nichts als demagogische Mache, den Männern in der Regierung unter allen Umständen schlechten Willen und Unfähigkeit vorzuwerfen, denn das ist gewiß, daß eine mehr links gerichtete Leitung der deutschen Republik auch nicht die Zauberformel finden würde, um das durch den grimmigen Kampf der Arbeiterparteien untereinander entstandene fürchterliche Chaos zu beschwören; aber es steht ebenso fest, daß die Regierung mit ihrem Zickzackkurs in der Räte- wie in der Sozialisierungsfrage ihr Ansehen nicht gehoben, vielmehr an Einfluß bei den Massen merklich verloren hat. Die in Berlin angeschlagenen Plakate über die Einführung von wirtschaftlichen Arbeiterräten sowohl wie die am Ende des Generalstreiks im März hinausgeworfenen Flugblätter über die ersten Sozialisierungsschritte vermochten nur den Eindruck zu erwecken, daß man verpaßte Gelegenheiten wieder gutmachen wollte. Die Aufnahme der Rätevorlage war denn auch kühl, und als der Reaktionsgraf Westarp dann das Rätewesen als berufsständische Vertretung begrüßte, mit der sein Anhang sich auch befreunden könne, da sank das Barometer des Interesses in den Arbeiterkreisen noch weiter.

Wie wir unlängst bemerkten, wird das Kapitel „Arbeiterräte und Gewerkschaften" noch besondere Erörterung seitens der Redaktion finden. Der Raum dazu ist noch nicht zu erübrigen gewesen. Es sei jedoch im voraus erklärt bzw. wiederholt, daß wir keine Frage daraus machen durch Auswechseln von „und" mit „oder", sondern mittels Unterstreichung des Wortes „und" eine Bejahung eintreten lassen werden. Zwei Kollegen haben das durch ihre Artikel (Nr. 36 und 38) ebenfalls schon getan. Wenn in Berliner Gewerkschaften die Parole des „revolutionären Rätesystems" ausgegeben und die Verleihung von Ämtern von der unumwundenen Erklärung dazu abhängig gemacht worden ist, so lassen auch andre Merkmale oder direkte Äußerungen darauf schließen, daß von Heißspornen die Gewerkschaften als ausgeschaltet oder sogar als überflüssig betrachtet werden. Das ist ein gründlicher Irrtum! Wir behaupten rund heraus, daß die wirtschaftlichen Arbeiterräte ohne Zusammenhang mit den Gewerkschaften sich gar nicht halten können. Wer daran zweifelt, der lasse sich durch das russische Beispiel belehren, wo die Gewerkschaften erst durch die Arbeiterräte (Fabrikkomitees) „an die Wand gequetscht" wurden, nachdem aber der Karren festgefahren war, ließ man den Gewerkschaften sogar den Vorrang. Wir gedenken einmal einen instruktiven Artikel von einem Kenner der russischen Verhältnisse über die praktische Seite des Rätewesens bringen zu können; man wird da über mancherlei zu staunen haben.

Wir vermögen uns nicht auf den Standpunkt zu stellen von Legien und dem „Korrespondenzblatt". Diese Stellen wendeten sich gegen die Errichtung der wirtschaftlichen Arbeiterräte, weil die Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmerverbänden und die auf dem Marsche befindlichen Reichstarife für die den Betriebsräten zugewiesenen Aufgaben geeigneter wären und bessere Vorbedingungen für eine zweckdienliche Arbeit böten. Die Massen wollten die Arbeiterräte als politische Organe; sie dürften darin nicht enttäuscht werden. Es ist ja bekannt, daß Legien auf einer Tagung des Parteiausschusses der Mehrheit diese Ansicht isoliert verfochten hat. Mit dem St. Floriansprinzip ist es noch immer so eine Sache gewesen, damit läßt sich in solchen bewegten Zeitläuften erst recht nichts anfangen. Es muß eben gesehen werden, wie sich alles in das neue Bett einlenken läßt; ob nicht dieses oder jenes dabei ausscheiden kann, ist noch eine Frage für sich. Ohne ein gewisses Anpassungsvermögen geht es jetzt nun einmal nicht, und es ist besser, man versperrt sich nicht dieser Einsicht, als nachher doch dazu gezwungen zu werden, wie es der Reichsregierung in der Rätefrage ergeht. Der Eindruck der Konzessionsschulzerei wird erst dadurch erweckt. Wir Buchdrucker wollen deshalb mit der Tarifgemeinschaft einen Weg geben, der der Entwicklung Rechnung trägt. Die Betriebsräte sind übrigens von dem ganz linken Flügel gleichfalls gefordert worden, wie sich aus der „Roten Fahne" ergibt, die politischen Arbeiterräte allein würden also die Stürmer auch nicht befriedigen. Als am 8. Februar im „Korrespondenzblatt" die Einberufung und die Tagesordnung des zehnten Gewerkschaftskongresses bekannt gegeben wurden, da wird mancher den Punkt „Gewerkschaften und Arbeiterräte" vermißt haben. Das Zentralorgan der Kommunisten lenkte sofort die Aufmerksamkeit darauf. Daß nun in der Vorständekonferenz am 1. und 2. April in dieser Frage noch keine Klarheit herrschte, vielmehr erst Kommissionsberatung erforderlich erachtet wurde, ist doch ein zu langsames Tempo, denn in den Gewerkschaften wird in dieser Frage zur Entscheidung gedrängt, wie schon erwähnt wurde.

Der in diese Woche übergegangene und deshalb erst in der nächsten Nummer einer Betrachtung zu unterziehende zweite Rätekongreß ist, wie vorauszusehen war, über die Grenze hinausgegangen, die von der Regierung dem Rätewesen gezogen war, indem sie die politischen Arbeiterräte unter Hinweis auf die in der Nationalversammlung und in den Volkskammern verkörperte Demokratie ablehnte. Allerdings auch nach einigem Schwanken, denn eine kurze Zeitlang zuvor schien Stimmung selbst für das Zweikammersystem zu sein. Der Reichswirtschaftsminister Wissell, in dessen Ressort der unter August Müller schon entsponnene Skandal einer geradezu vernunftlosen Brüskierung der Sozialisierungskommission jüngst zum aufsehenerregenden Rücktritt derselben führte und damit zu einem vollen Triumph der noch viel Ärgernis bereitenden Geheimratswirtschaft, machte seine Sache nicht schlecht, aber die Enge des Geistes von Weimar vermochte er eben nicht zu leugnen. Es mag nicht nur sein, sondern es ist so, daß die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit besitzen würde ohne Spartakuswoche und ohne die bis dahin schon vielen greifbaren Beweise, wie wenig man die Revolutionierung der Köpfe verstanden und der wahren Demokratie Respekt zu verschaffen imstande gewesen ist. Es ist ferner ein Trauerspiel, zu sehen, daß je weiter nach links, je mehr die Jahrzehnte lang angestrengt und opferreich verfochtenen Ziele der Demokratie, des gleichen Wahlrechts und des parlamentarischen Systems nach ihrer Erreichung entwertet sind wie die deutsche Mark im Ausland. Aber mit tränenvollem Ausblick ist es hier wie noch in vielem Unerfreulichen der Revolutionsperiode nicht getan. Handeln und nicht jammern, muß es hier ebenfalls heißen. Wenn auf dem Rätekongreß es an ernüchternden Hinweisen nicht gefehlt hat, daß die wirtschaftlichen Arbeiterräte ein hohes Maß von Intelligenz und einen starken Trieb zur Entfaltung mitbringen müssen, um in der Frage wirtschaftlich rentabler Produktion und in der der Sozialisierung bestehen zu können, so kann man das nur begrüßen. So ist auch dem Streikfieber noch beizukommen, wenn die Vertreter der Arbeiterschaft Einblick in den Produktionsetat erhalten. Kalishki hatte durchaus recht, als er sagte: „Es ist heute so leicht zu streiken, wie es früher leicht war, Hurra zu schreien". Wenn wir die Frühgeburten der Sozialisierung einmal genauer betrachten können, wird auch zu sehen sein, wieviel davon auf die Ursache des Kapuststreikens zu setzen ist.

Aber die Gewerkschaften war einiges bei der Rätedebatte zu hören, dem man sich so oder so nicht entziehen kann. Der Minister Wissell bezeichnete sie nach wie vor als notwendig für den Wirtschaftsprozeß und als wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse. Das ist jedenfalls richtiger als die am 6. März auf dem Parteitage der Unabhängigen von Däumig scharf geäußerte Meinung, bei der Bekennung zum Rätesystem hätten die Gewerkschaften in der bisherigen Form ausgespielt, die wichtige Funktion der Gewerkschaften würde also schon automatisch fortfallen, und von Tarifen könne in revolutionären Zeiten keine Rede mehr sein. Soweit wir aus den gekürzten Berichten vom Rätekongreß ersehen konnten, hat Däumig diesmal verzichtet, mit solchen Erklärungen verwirrungstiftende Schlagworte in die Masse zu werfen. Da war die „Freiheit" (13. März) vorsichtiger, indem sie nach paprizierten Ausfällen gegen die „allerhöchsten Gewerkschaftsinstanzen" schrieb:

> Eine kluge Arbeitsteilung zwischen Arbeiterräten und Gewerkschaften, eine gemeinsame Arbeit beider Organisationen auf Grund gegenseitiger Anerkennung kann dagegen reiche Früchte zum Segen der Arbeiterklasse tragen.

Dem ist jedenfalls beizupflichten, wozu allerdings verständnisvolle Würdigung des Bestehenden nicht zuletzt den Ausgangspunkt zu bilden hat. Leider muß man aber Cohen (Reuß), der als Vorsitzender des Zentralrats verschiedentlich angenehm auf dem Kongreß enttäuschte, recht geben, der von den deutschen Gewerkschaften behauptete, sie hätten in der Rätefrage bisher versagt, und der es als das größte Unglück für Deutschland bezeichnet, wenn nicht der Rätegedanke und die Gewerkschaften Hand in Hand gingen. Im gewerkschaftlichen Hauptquartier holt — wir verweisen auf das in einem vorhergehenden Absatze Gesagte — die Uhr schon zum Zwölfschlagen aus, und von einem gewissen Versagen kann nicht nur in der Rätefrage gesprochen werden. Wir verzichten jedoch, das allgemeine Trommelfeuer gegen die Generalkommission mitzumachen oder klischierte Anklagereden gegen sie zu halten.

Das Rätewesen hat durch den Beschluß des Kongresses vom 13. April Erweiterung und Festigung erfahren. Der Reichsregierung sicherlich zum Verdruß. Da aber die Kommunisten den zweiten Rätekongreß nicht beschickt haben und sie mit ihrer Politik, das reine Rätesystem zu erlangen unter Verwerfung des Parlamentarismus und Aufrichtung der unverwässerten Diktatur des Proletariats, nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, so ist es noch recht zweifelhaft, ob nun Beruhigung in der Arbeiterschaft eintritt. Die Kommunisten bzw. Spartakisten sind die eigentlichen Einpeitscher; sie machen das Wort Eisners von der „fließenden Aktion", damit kein Stillstand eintritt, „denn Stillstand der Revolution bedeutet Rückschritt und damit Wiedererstarkung der Reaktion", zur praktischen Wahrheit. Dem steht zwar ein in seiner Deutlichkeit geradezu klassisches Wort von Jaurès über das sogenannte Weitertreiben der Revolution entgegen, aber was gelten heute Aussprüche von den wirklich Großen der Arbeiterklasse, wenn man sie auch seither als Offenbarungen feierte. Es kommt nun, wie stets, darauf an, ob die Unabhängigen sich von den Kommunisten treiben lassen oder selbstbewußt die Abgrenzung ihres Standpunktes durchsetzen. Däumig und Kalishki haben ehrlich miteinander gerungen. Die „Rote Fahne" hatte vor etwa zwei Monaten den Führer der linken Unabhängigen schon als Revolutionär abgetan, weil er das Rätesystem durch die Nationalversammlung gesetzlich verankern lassen wolle. Dazu lag jedoch keine Veranlassung vor. Die Vorlage der Unabhängigen zum Kongreß gipfelte vielmehr in den Sätzen: „Der zweite Rätekongreß stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Danach ist der politische und wirtschaftliche Aufbau Deutschlands auf die Räteorganisation zu gründen. Die Arbeiterräte sind die berufene Vertretung der werktätigen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Die gesamte politische Macht hat der Rätekongreß." Damit geht sie über das von dem Parteitag der Unabhängigen im März aufgestellte Programm hinaus, auf dem übrigens an dem Verhalten der Arbeiter- und Soldatenräte zum Teil eine Kritik geübt wurde, die auf dem Kongreß so scharf über die „Rederäte" kaum erreicht

worden ist. Die U. S. P. will sich aber nach ihrer programmatischen Kundgebung aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel „einschließlich der Parlamente" bedienen. Als eine der nächsten Forderungen wird genannt: „Einordnung des Rätesystems in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben." Wenn man sich noch vergegenwärtigt, daß die „Freiheit" kurz nach den Wahlen für Weimar schrieb:

Wir stehen unbedingt auf dem Boden der Demokratie. Wir halten nach wie vor jede Putschtaktik und jede künstliche Revolutionsmache für verfehlt. Wir erkennen die Notwendigkeit der Erhaltung des Rätesystems an, in seinen Funktionen der Überwachung und der Kontrolle der Betriebe und der Durchführung der Sozialisierung. Wir lehnen es aber ab, alle politische Gewalt den Räten zu übertragen. Diese steht nach unsrer Meinung der vom ganzen Volke gewählten Vertretung zu,

so wird daran ein recht schnelles Umlernen ersichtlich. Faktisch geht der von dem Kongreß gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Demokraten angenommene Antrag Cohen (siehe den Kongreßartikel in nächster Nummer) darüber hinaus. Die Mehrheitspartei will also jetzt mehr, als das Zentralorgan der Unabhängigen im Januar wollte! Wir werden nach dem Beschluß des Kongresses nun ein Zweikammersystem: eine allgemeine Volkskammer und eine Kammer der Arbeit, erhalten mit Produktionsräten nach Gewerben und unter Einschluß der Unternehmer (Betriebsleiter). Die Bildung auf der gewerblichen Grundlage ist zu begrüßen, denn sie erleichtert das Rätewesen für die Gewerkschaften. Der siebente Punkt der mehrheitssozialistischen Vorlage ist vielleicht das Unvollkommenste vom Ganzen. Der Mehrheitler Kautski hat mit seinem Ausspruch: „Als Krönung der Wahldemokratie fordern wir die Demokratie der Arbeit", einen durchaus annehmbaren Grundsatz geprägt, und Däumig sagte treffend: „Wer dem Rätesystem dienen will, der muß fraktionelle Schrullen beiseite lassen; der Parteistreit verträgt sich nicht mit dem Rätesystem". Möchte das doch überall zur Wahrheit werden, dann kann in gemeinsamer Arbeit von „Abhängigen" und „Unabhängigen" endlich auf der Rutschbahn ins Verderben halt gemacht werden. Nach einer Redewendung Däumigs ist die den Unternehmern im Antrag Cohen eingeräumte Gleichberechtigung ein wesentliches Abweichen für die Unabhängigen, demnach ist ihre Gegnerschaft ein eng begrenzte, was verständnisvolles Zusammengehen im allgemeinen erhoffen läßt.

Zum Dogma darf man das Rätewesen aber auch jetzt nicht werden lassen. Ein Dogma ist die Räterepublik. Der München-Schwabinger Exkurs ins Russische, wobei die Kommunisten von einer Scheindiktatur sprachen, weshalb sie die erste Räteregierung wieder gestürzt haben, ist wahrlich nicht ermunternd, und das Braunschweiger Beispiel im kleinen vermag auch nicht zu reizen. Wenn man doch von Rußland richtig lernen wollte, um nicht durch die gleichen Fehler erst nachher gescheit zu werden! Ein Lenin befindet sich sogar schon auf dem Umwege des Umlernens. Wie wirkte es klärend auf dem Parteitage von U. S. P., als ein lettischer Genosse in seiner Begrüßungsansprache sagte, die kommunistische Regierung Rußlands habe Lettland nur eins gebracht: absolute wirtschaftliche Anarchie. Demokratische Selbstverwaltungskörper und neben ihnen die Räte könnten aber ganz gut zusammenarbeiten! Die Weltrevolution kann und wird auch ohne brutale Diktatur des Proletariats kommen. Revolutionierung der Köpfe, wie die „Leipziger Volkszeitung" vor einiger Zeit betonte, ist das bessere Mittel; das hält die Reaktion am sichersten hintan. Die Diktatur des Proletariats ist ein Verbrechen an der politischen Gerechtigkeit. Kautsky sagte auf dem Parteitage der Unabhängigen: Die Diktatur als Staatsform, die eine Entrechtung andrer Klassen bedeutet, könne er nicht mitmachen; von der Diktatur als Staatsform befürchte er das Schlimmste. Also nicht „in das freie Meer der Diktatur hinaus", wie der Münchner Kommunistenführer Levien verkündete, sondern vorwärts nun in allem nach dem Kongreßbeschluß über das Rätesystem!

Keine Zersplitterung!

Die fortgesetzten Streikbewegungen seit den Tagen des 9. November, so bedauerlich sie von dem Gesichtspunkte der Produktionsverminderung sein mögen, haben für uns Buchdrucker doch ein Gutes gezeitigt. Das verwitterte Tarifgefüge wurde wieder einmal frisch aufgeputzt; diesmal unter republikanischer Protektion. Mit einem bitteren Nachgeschmack erinnern wir uns noch heute der deprimierenden Kompromisse, denen trotz unsrer weitgehendsten Nachgiebigkeit und gesetzlichem Nachdrucke hier und dort unentwegte Kapitalisten einen Fußtritt versetzten, um erst durch beklagenswerte lokale Ausstände an ihre Pflichten dem Tarifvertrage gegenüber erinnert zu werden.

Diese Taktik der Durchführung unsrer leider zu berechtigten Lohnforderungen war ungefähr das Gegenteil Moltkeschen Feldherrnkunst, die in dem Satze gipfelt: „Getrennt marschieren, vereint schlagen!" Und die Folgen beginnen sich schon heute recht unangenehm bemerkbar zu machen. Der unseligen Flickerei am Preistarife wurden neue Schönheitspflaster aufgesetzt, und die Fortwurstelung ging weiter. Als die geschickteren Flickschneider erwiesen sich jedoch die Berliner Gehilfen, die außer besonderen Zugeständnissen, den Weihnachtszulagen, noch weitere Vorteile für die in den Zeitungsfirmen Beschäftigten zu erringen wußten. Daraus soll unsern Spreeathenern durchaus kein Vorwurf gemacht werden. Bedauerlich ist nur die lokale Schmutzkonkurrenz der Gehilfenschaft untereinander, die damit gezüchtet wird. Oder mit andern Worten: Der Mangel einheitlicher Organisation der Bewegungen, durch deren Nachwirkung die Gehilfen der Provinz selbst unter weitgehendster Berücksichtigung der verminderten Spesen für Wohnungsmiete usw. mit verhältnismäßig zu niedrigen Einkünften geschädigt sind, während auf der Kehrseite die großstädtischen Gehilfen durch die Abwanderung der Aufträge in die Provinz geschädigt werden. Wie haben sich die Dinge unterdessen gestaltet?

Die Kluft der Druckpreisunterschiede zwischen Provinz und Großstadt, die meines Erachtens von dem erwähnten Standpunkt aus schon in den Friedensfestlegungen nicht genügend berücksichtigt wurde, ist nun heute so elementar erweitert worden, daß es die findige Verlegerwitterung längst heraus hat, daß die Transportspesen wie die heutigen unangenehmen allgemeinen Verkehrsverhältnisse in keinem Verhältnisse zu der beträchtlichen Preisvergünstigung stehen. Die Folter der sich daraus ergebenden Daumenschrauben fragen wir eigentlich alle; nur der Provinzunternehmer hat einen kleinen besonderen Nutzen, während der schlaue Verleger seine Extrawurst in jedem Falle hat. Dieser überaus schädlichen Selbstzerfleischung ein Ende zu bereiten, ist ein dringendes Gebot der Stunde, und da wohl kaum der Ausgleich der Provinzlöhne resp. Druckpreise von Unternehmerseite aus kommen dürfte trotz des kaudinischen Joches, das insbesonders die Berliner Prinzipale drückt, wird es uns vorbehalten bleiben, den Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. **Kar Flach.**

▫▫▫▫▫ Gewerkschaftsrevue ▫▫▫▫▫

Den wichtigsten Fragen, die gegenwärtig auf der Tagesordnung der deutschen Gewerkschaftsbewegung figurieren, sind zumeist besondere Artikel im „Korr." gewidmet worden. Trotzdem verdienen verschiedene bemerkenswerte gewerkschaftliche Vorgänge noch eine nachträgliche Registrierung an dieser Stelle, weil durch jene Vorgänge bewiesen wird, welche Bedeutung den Gewerkschaften nach wie vor im deutschen Wirtschaftsleben zukommt und wie sich die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiter den durch die Revolution veränderten Verhältnissen anzupassen verstehen, um auch unter dem neuen Zeitgeiste praktische, aufbauende, soziale Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft zu leisten. Lediglich aus diesem Bestreben heraus verurteilen und bekämpfen die Gewerkschaften alle entwicklungsfeindlichen Tendenzen und Verkehrtheiten, die geeignet sind, ihre organisierende Tätigkeit zu hemmen oder lahmzulegen. Sie nehmen das Gute und für ihre Zwecke Brauchbare, wo sie es finden. Konsequent folgen darum auch die Gewerkschaften der kühnen Bahn, die kein Geringerer als Karl Marx, der große Sozialist und Bahnbrecher im Wirtschaftsleben, gewiesen, der als einzig mögliche Lösung der sozialen Frage für die Arbeiterschaft folgende Gesichtspunkte aufstellte:

1. Bekämpfung der Unwissenheit der großen Masse über die Ursachen und Zusammenhänge aller sozialen Unterdrückungsfaktoren.
2. Verwerfung aller anarchistischen Strömungen, die nur aller Reaktion Vorspanndienste leisten.
3. Wohlüberlegte Wertung und Verwertung der jeweils gegebenen geistigen und materiellen Kräfte im Dienste freiheitlicher Entwicklung.
4. Verständnis dafür, daß, je nachdem das Leben den Menschen von der Wiege aus fundiert hat, es ihn auch dazu zwingt, die eine oder andre Richtung einzuschlagen, wenn er nicht als Sklave unter Sklaven geistig oder wirtschaftlich dahinvegetieren will.

Diesen Grundsätzen getreu haben die Gewerkschaften den Unverstand der Massen stets systematisch bekämpft und tatkräftig dafür gesorgt, daß der Nutzwert der menschlichen Arbeitskraft nicht den Unternehmern allein zufällt, sondern daß auch die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren ihren Anteil daran haben. Infolge ihrer gesunden Bestrebungen und der für sich selbst sprechenden praktischen Erfolge haben die Gewerkschaften von jeher schon alle realpolitisch denkenden Arbeiter auf ihrer Seite gehabt, und in Zukunft wird es nicht anders sein. Aus dem großen Komplex der politischen und wirtschaftlichen Zukunftsfragen schält sich immer deutlicher die für die Gewerkschaften wichtigste Aufgabe heraus, auf möglichst breiter Grundlage alle Verhältnisse des Gesamtberufs zu regeln, dauernd zu überwachen und in höherem sozialen Sinn auszubauen, sei es in Berufs- oder in Arbeitsgemeinschaften. Diese Idee, die den Gemeinschaftswillen am wirkungsvollsten zur Geltung bringt, wird den Sieg davontragen. Je stärker und disziplinierter die Gewerkschaftsarmee, desto erfolgversprechender wird die Lösung der Aufgabe.

Nach den neusten vorliegenden Ziffern haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände die Mitgliederzahl von drei Millionen bereits überschritten. 12 Verbände zählten nach Feststellungen im Februar d. J. allein 2369000 Mitglieder. Von den übrigen 47 Verbänden stehen uns die Abrechnungszahlen vom dritten Quartal 1918 bzw. die Schätzungsziffern der Arbeitslosigkeitsstatistik vom 31. Dezember 1918 zur Verfügung. Diese Ziffern dürften jedoch infolge der Masseneintritte seit Beginn dieses Jahres bei weitem überholt sein. Die erste Million an Mitgliedern erreichten die freien Gewerkschaften 1904, die zweite im Jahre 1910. Beim Kriegsbeginne zählten sie 2483661 Mitglieder, gingen aber bis 1916 infolge der Masseneinziehungen zum Heeresdienst auf 955887 zurück. Das Jahr 1913 schloß mit 1095569 Mitgliedern ab, das Jahr 1918 mit etwa 1600000 (die genaue Zahl steht gegenwärtig noch nicht fest). Aus der sich im Sturmschritt vollziehenden Entwicklung der Gewerkschaften ist zu erkennen, daß die Arbeitermassen das Vertrauen zu ihren wirtschaftlichen Interessenvertretungen keineswegs verloren haben, und daß die Gewerkschaften berufen sein werden, bei dem bevorstehenden Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft einen hervorragenden Einfluß auszuüben.

Um die von den Gewerkschaften erstrebten Ziele zu erreichen, ist es heute nötiger als je, Sinn und Zweck der gewerkschaftlichen Kleinarbeit in den Versammlungen zu erörtern und damit zugleich Verständnis zu wecken für die von den Gewerkschaften einzuschlagende Taktik. Diese muß naturgemäß eine andre sein als die im politischen Kampf anzuwendende, so sehr sich gewisse Stürmer und Dränger, denen alles zu langsam geht, auch bemühen, beiden Bewegungen eine gemeinsame Taktik aufzuzwingen. Im gewerkschaftlichen Kampfe dreht sich's um die Verrichtung von Gegenwartsarbeit, im politischen Kampfe stehen mehr Zukunftsforderungen im Vordergrunde. Jener beruht auf klarer Erkenntnis der Notwendigkeit, dieser mehr auf Prinzipien und Stimmung. Ihre ureigentliche Aufgabe, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, werden die Gewerkschaften auch in der neuen Gesellschaftsordnung mit gleichem Eifer zu erfüllen haben, weil ernsthaft nicht daran zu denken ist, das Unternehmertum aus dem Produktionsprozeß völlig auszuschalten; abgesehen davon, daß der Drachentöter des Kapitalismus noch nicht gefunden ist. Mit der Erringung größerer politischer Freiheit ist die Magenfrage für den Arbeiter noch lange nicht gelöst. Selbst in sozialisierten Betrieben bleiben gegensätzliche Interessen bestehen. Nach alledem werden die Gewerkschaften auch in Zukunft übergenug zu tun haben mit einer vernünftigen und gerechten Regelung und Überwachung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit der Schaffung erträglicher Verhältnisse, mit Fragen der Arbeitsvermittlung und des Gesundheitsschutzes, mit dem Unterstützungswesen und mit der Erziehung und Aufklärung der Arbeiterschaft. Die Aufwerfung der Frage: „Sind die Gewerkschaften überflüssig geworden?" erscheint daher vollständig absurd. Wollen die Gewerkschaften den an sie herantretenden vielgestaltigen Anforderungen gerecht werden, dann müssen sie fest entschlossen sein, jedes nur irgendwie geeignete Mittel in Anspruch zu nehmen, das mit ihrem Ansehen vereinbar ist. Kein „Links" und kein „Rechts" kann entscheidend sein, sondern unter Berücksichtigung der wirklichen Verhältnisse nur das „Geradeaus". Eine der wichtigsten Voraussetzungen ersprießlicher gewerkschaftlicher Wirksamkeit ist die Anbahnung und Hochhaltung der Einigkeit und Geschlossenheit der Mitglieder mit Hilfe des Mehrheitsprinzips. Uneinigkeit lähmt die Stoßkraft einer Organisation, und Disziplinlosigkeit führt zum Zerfall. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erforderliche Disziplin nichts zu tun hat mit dem ehemaligen militärischen Kadavergehorsam. Nein, die gewerkschaftliche Disziplin ist nicht unabhängig vom Willen dessen, für den sie gilt, sie ist vielmehr die Disziplin der Demokratie.

Unter entsprechender Berücksichtigung der hier angedeuteten Gedankengänge würde die Wiederaufrollung des alten Problems „Massen und Führer", das heute hochaktuell ist, sicherlich eine weniger leidenschaftliche und zweckdienlichere Erörterung erfahren, als es leider tatsächlich der Fall ist. Schweigen und andre führen lassen, aber für die andern die Verantwortung tragen, wenn der Karren verfahren ist, das soll nach Ansicht gewisser Kreise der Beruf der Gewerkschaftsführer sein. Wohin die Dinge treiben, das zeigt sich tagtäglich deutlicher. Ein neues Symptom der geistigen Massenerkrankung, die heute in der Arbeiterbewegung grassiert, ist in der Gründung eines „Reichsverbandes der Arbeiter Deutschlands" zu erblicken, dessen Organisationsplan uns vorliegt. Hinter dem neuen Firmenschilde verstecken sich die bisherigen Treiber der anarcho-syndikalistischen Bewegung. Unter Ausschluß parteipolitischer und religiöser Ziele erstreben sie „den Zusammenschluß der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands, um als wirtschaftlicher Machtfaktor von nie erreichter Stärke die Kollektivbestrebungen der Arbeiterschaft nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf geistigem Gebiet unter Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel restlos verwirklichen zu können". Die führenden Geister dieses Planes sind — wie uns aus Gelsenkirchen mitgeteilt wurde — zum größten Teil solche, die bis zum Ausbruche der Revolution indifferent oder kramm und treu Mitglieder der Gelben waren und im Vereine mit Werksdirektoren und Betriebsleitern bei Kaisergeburtstagsfeiern ihre Kehlen durch das übliche Hurrarufen heiser schrien. In den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen hat man die Helden weder vorher gekannt, noch haben sie Beiträge gezahlt. Während der Kriegszeit spielten sie den Schmarotzer der Werksbesitzer und hatten nicht den Mut, den Mund aufzumachen. Aber nun, nachdem ihnen die Revolution Bewegungsfreiheit gebracht und die Existenz der gelben Vereine dahin ist, mimen die Drahtzieher der neuen Vereinigung den Radikalen. Was bis dahin an Feigheit und Kriecherei bei ihnen zu finden war, das überbielen sie jetzt durch blinden Wortradikalismus. Der Name Anarcho-syndikalistische Vereinigung ist zu anrüchig, darum mußte ein andrer Name für die Mißgeburt gefunden werden. Vom Syndikalismus hat die denkende Arbeiter-

schaft gerade genug, diesem würde sie nicht als Spannvieh dienen. Daher sollen die Arbeiter nun unter dem Namen Einheitsverband vor den anarchistisch-syndikalistischen Karren gespannt werden. Aber auch das wird vergebliche Liebesmühe bleiben. Die Entwicklung drängt nicht nach Lokalorganisationen, sondern sie erfordert die Zentralisierung der arbeitenden Kräfte in Zentralorganisationen. Die Gründung von weiteren Organisationen bedeutet nur eine neue Zersplitterung der Arbeiter und eine Stärkung der Position der Arbeitgeber. Die Syndikalisten besorgen mit ihrem Treiben lediglich die Geschäfte der Unternehmer. Ja, vielleicht sind sie dazu besonders bestellt worden von jener Seite. Wundern sollte es uns nicht, denn die Vergangenheit lehrt darüber manches. Je größer der Wortradikalismus, um so leichter die Tat! Wer die Arbeiterbewegung nicht schädigen will, der folgt den Wortaktikern nicht. Die Zersplitterung der Arbeiter ist an und für sich schon groß genug. Die Arbeiter noch mehr auseinander zu organisieren, ist darum ein Verbrechen an der Arbeiterklasse selbst. Nicht mehr, sondern weniger Organisationen und engerer Zusammenschluß muß die Losung sein!

Je uneiniger die Arbeiterschaft, desto geeinter die Unternehmer. Einen Beweis dafür bietet uns der vor kurzer Zeit in Jena erfolgte Zusammenschluß des gesamten maßgebenden Unternehmertums. Während die Arbeiter vor lauter Prinzipienreiterei nicht zu geschlossenen wirtschaftlichen Interessenvertretungen kommen, wurde von den Vertretern der Arbeitgeberverbände auf der Jenaer Tagung betont, daß die Gründung eines Reichsverbandes der deutschen Industriellen den Zweck verfolge, den Arbeitnehmerverbänden eine einheitliche Vertretung der Arbeitgeber gegenüber zu stellen. Auf dem Unterbau der fachlichen, landschaftlichen und örtlichen Organisationen errichtet, macht sich der Reichsverband der Unternehmer die Wahrnehmung aller wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie zur Aufgabe. Der zweite Teil der Tagung wurde ausgefüllt mit der Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. In einer angenommenen Entschließung wurde die Zusammenarbeit mit den Arbeiterverbänden an der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen begrüßt und weiter der Grundgedanke der Arbeitsgemeinschaft anerkannt, „bei deren Aufbau auf seiten der Unternehmer zur Behandlung wirtschaftlicher Fragen die im Reichsverbande vereinigten bewährten industriellen Landes- und Fachverbände sowie Fachgruppen und zur Verhandlung sozialer Fragen die bestehenden Arbeitgeberverbände die Grundlage bilden müssen". Daß die Schwerindustriellen ihren den Zeitverhältnissen angepaßten Entschluß, an der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen mitwirken zu wollen, baldigst in die Tat umzusetzen Gelegenheit finden, dafür werden die Gewerkschaften schon sorgen.

In einer ganzen Reihe von Industrien und Gewerben wird jetzt die Abschließung von Kollektivverträgen auf erweiterter Basis lebhaft erörtert. Dabei tritt die an uns Buchdruckern zuerst zur Wahrheit gewordene Tatsache hervor, daß Kollektiv- und Tarifverträge nicht aus dem sozialen Frieden, sondern aus dem sozialen Kriege geboren werden. In der Porzellanindustrie sollen nach einem großzügigen Vorschlage des gewerkschaftlichen Verbandsorgans für die Diskussion über einen Kollektivvertrag zwei Richtlinien im Auge behalten werden: 1. Für die Arbeiterschaft des gesamten Industriezweigs ist eine den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessene Existenzsicherheit zu schaffen, ohne aber, und das ist wesentlich, dabei eine Einengung der Arbeitsbedingungen gemäß der weiteren sich gerade in der jetzigen Zeit schnell und unruhig bewegenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu verhindern. 2. Den mit dem wirtschaftlichen und politischen Umbildungsprozeß gegebenen und sicher nicht zu unterschätzenden Entfaltungsmöglichkeiten der Industrie selbst keine Hindernisse zu bereiten. — Im Holzgewerbe sind Bestrebungen im Gange, von dem neuen Rechtszustande Gebrauch zu machen, nach welchem die behördlich registrierten Tarifverträge für das ganze Gewerbe rechtsverbindlich werden. Bevor jedoch die Registrierung beantragt wird, sollen die bisherigen Verträge in formaler Beziehung und deren sachlicher Inhalt einer Revision unterzogen werden. Dabei wird darauf hingewirkt werden, verschiedene Gebiete neu in die vertragliche Regelung einzubeziehen, z. B. die Frage der Hilfsarbeiter, deren Dringlichkeit von beiden Seiten längst anerkannt ist. Weitere Gebiete betreffen das Lehrlingswesen, die Ferienfrage, die Regelung der Akkordarbeit, die Festlegung der Befugnisse der Arbeiterausschüsse und Betriebsräte. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes wurde vor kurzem von einer Gauvorsteherkonferenz beauftragt, einen neuen Entwurf für einen Tarifvertrag auszuarbeiten, der den Unternehmern alsbald unterbreitet werden soll. — Im Baugewerbe sind die zentralen Tarifverhandlungen Ende März zum Abschlusse gelangt. Von vornherein bestand auf seiten der Arbeiter Übereinstimmung darüber, daß das bisherige Wesen der baugewerblichen Tarifverträge geändert werden müsse, wenn wieder derartige Verträge zustande kommen sollten. Vor allem wurde für die örtlichen Organisationen der beteiligten Verbände ein größeres Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangt, als sie es bei der bisherigen Praxis hatten. Die auf dem Verhandlungswege zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielte äußere Form des neuen Tarifmusters unterscheidet sich — wie wir im „Zimmerer" lesen — vorteilhaft von dem früheren, und zwar zugunsten der Arbeiter. Der für das Reich geltende Haupttarifvertrag enthält die grundlegenden Bestimmungen, daneben besteht ein Formular bzw. Muster für örtliche Lohn- und Arbeitstarife. An allen Orten oder in zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten, wo die vertragschließenden Parteien Unterverbände haben oder solche errichten, sollen diese Unterververbände miteinander Lohn- und Arbeitstarife abschließen. Sie sollen dafür eintreten, daß der von ihnen abgeschlossene Lohn- und Arbeitstarif auf Grund der gesetzlichen Verordnung über Tarifverträge vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt wird. Die vertragschließenden Parteien haben ihre Unterverbände zum Abschlusse von Tarifverträgen anzuregen und sie dabei zu unterstützen. Kommt eine Einigung nicht zustande, dann hat sich das Haupttarifamt der Sache anzunehmen und eine Einigung zu versuchen. Ein Schiedsspruch ist nur zu fällen, wenn die Vertragsparteien des Reichstarifvertrags damit einverstanden sind. Es besteht also kein Zwang zum Abschluß eines örtlichen Tarifs mehr. Der Reichstarifvertrag enthält weiter Bestimmungen über Beschäftigung und Entlassung von Arbeitern, Arbeitszeit, Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Arbeitslohn und solche über die Vertretung der Arbeiter auf der Arbeitsstelle, Behandlung von Streitigkeiten, Durchführung des Vertrags und Vertragsdauer. Die örtlichen Tarife werden auf Grund des Reichstarifvertrags, der ein wesentlicher Bestandteil der Lohn- und Arbeitstarife bildet, abgeschlossen. Den Unterverbänden wird jedoch bezüglich des Abschlusses selbst fast unumschränkte Freiheit gelassen. Bei der Eigenart der Produktion des Baugewerbes verbietet sich natürlich eine schematisierende Übertragung der dort gefundenen tariflichen Lösung auf solche Gewerbe, deren Produktion an einen bestimmten Ort nicht gebunden ist. Die zentrale Reglung der Löhne für die Gesamtheit der Bauarbeiter hat, wie der „Grundstein" ausdrücklich hervorhebt, sich insofern als segensreich erwiesen, als dabei auch für solche Orte Lohnerhöhungen durchzusetzen waren, die ohne zentrale Reglung keine oder doch keine so großen Lohnerhöhungen erhalten haben würden. Die Gesamtheit der Bauarbeiter sei bei der zentralen Reglung im letzten Jahrzehnt jedenfalls nicht schlechter, sondern eher besser gefahren, als wenn die Löhne örtlich vereinbart worden wären. Wenn trotzdem in der Arbeiterschaft die Mißstimmung gegen die zentrale Lohnreglung nie verschwand resp. zunahm, so trug die unverständige Haltung des Arbeitgeberbundes während der Kriegszeit hinsichtlich der Teuerungszulagen die Hauptschuld daran. — In der graphischen Industrie sind es die Buchbinder und die Lithographen und Steindrucker, die den Abschluß von Reichstarifen anstreben. Bei den ersteren läuft neben dem Verlangen nach einem Reichstarif und gesetzlicher Reglung noch die Forderung nach weiterer Erfassung und besserer Bearbeitung der Nebenbranchen einher, vor allem aber nach besserem Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Organisationen. Wegen gesetzlicher Anerkennung des Vierstädtetarifs (Berlin, Leipzig, Stuttgart, München) wurden die nötigen Schritte getan. Für unsre „Schwäger vom Stein" aber bestehen gute Aussichten auf den baldigen Abschluß eines Reichstarifvertrags.

Ein neues Leben und Werden überall im neuen Zeitgeiste, das zu der sicheren Hoffnung berechtigt, daß die Gewerkschaften gefestigter und stärker aus den Revolutionswirren hervorgehen werden. Im Laufe der Entwicklung wird es sich zeigen, wie recht Karl Kautsky, der anerkannte Theoretiker der Sozialdemokratie, hat, wenn er von der Gewerkschaftsbewegung sagt: „Wie immer die Lebenshaltung der Arbeiter sich entwickeln mag, die Gewerkschaften werden sie stets auf einem höheren Niveau halten, als sie sonst einnähme. Sie bewirken bei allgemein steigender Lebenshaltung, daß diese für die organisierten Arbeiter rascher steigt; bei allgemein sinkender Lebenshaltung, daß sie für die organisierten Arbeiter langsamer sinkt, als es sonst der Fall wäre. Das sind die Erfolge der Gewerkschaften in bezug auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Diese Erfolge erzielen sie unter allen Umständen, und sie allein schon machen die Gewerkschaften unentbehrlicher noch in Zeiten absteigender als in Zeiten aufsteigender Lebenshaltung, unentbehrlicher in Zeiten der Krise, der Arbeitslosigkeit, als in Zeiten der Prosperität, wenn Arbeiter gesucht sind und auch der einzelne seine Bedingungen stellen kann."

Korrespondenzen

Berlin. Am 5. April waren 50 Jahre vergangen, seit Redakteur Ernst Schulze dem Buchdruckgewerbe angehört. Der Jubilar lernte 1869 bis 1873 bei Wulfert in Schönebeck, war sechs Jahre im In- und Ausland als Setzer und Drucker tätig, sodann Besitzer und Redakteur des „Bernburger Tageblatts" (späteren „Anhalter Kuriers") in Bernburg, Mitinhaber des „Elbe- und Eilsterboten" in Pretzin und Jessen, Besitzer und Redakteur des „Cloetzer Wochenblatts" in Cloetze, Besitzer und Redakteur der „Themarer Zeitung" in Themar, Besitzer der „Ottersleberer Zeitung" in Ottersleben; seit 1910 war der Jubilar in Brandenburg und Berlin als Geschäftsführer, Betriebsleiter, Faktor usw. tätig. Im Jahre 1905 bereits folgesagt, erfreut er sich noch heute einer beneidenswerten Gesundheit und Rüstigkeit. Er war längere Zeit kaufmännischer Leiter einer größern Konservenfabrik und ehrenamtlicher Bürgervorsteher.

Göttingen. Der hiesige Ortsverein kann Mitte April auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Eine größere Feier, dem Ernste der Zeit angepaßt, soll am 8. und 9. Juni (Pfingsten) abgehalten werden. Zwei Mitbegründer, die Kollegen Karl Berger und Otto Bodemeyer, weilen noch unter uns.

Greifswald. Auf dem Wege der Vereinbarung mit den Prinzipalen erreichten die hiesigen Gehilfen für Klasse B und C eine wöchentliche Teuerungszulage von 20 Mk., für Klasse A und für die Hilfsarbeiter eine solche von 10 Mk.

Hamburg-Altona. (Generalversammlung am 2. März im „Gewerkschaftshause".) Unter „Vereinsmitteilungen" gab der Vorsitzende Runzler eine Reihe von Personalien bekannt. Dem mündlich erstatteten Bericht zum gedruckt vorliegenden Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Kassenverhältnisse sehr zu wünschen übrig lassen, besonders die Witwenkasse ist stark in Mitleidenschaft gezogen. In Arbeit stehen gegenwärtig ungefähr 1650 bis 1700 Kollegen. Eine Herabsetzung der staatlichen Unterstützung ab 1. April ist sehr wahrscheinlich; da sei es sehr zu bedauern, daß der Verbandsvorstand beschlossen hat, bei wechselseitigem Aussetzen die Verbandsunterstützung fortfallen zu lassen. Dieses wechselseitige Aussetzen sollte geschehen aus Kollegialität gegenüber den Arbeitslosen, damit letztere auch in den Genuß eines vollen Wochenverdienstes kommen könnten. Allem Anschein nach wird die Blockade in der nächsten Zeit aufgehoben, und so kann man sich der Hoffnung hingeben, daß die Arbeitslosen in kürzester Frist untergebracht werden. In der Diskussion wurde lebhaft gefordert, daß besonders in den Zeitungen keine weiteren Entlassungen vorgenommen werden bei Einstellung der Kriegsteilnehmer, denn die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, die Verringerung der Anzeigenbreite usw. haben sehr viele Mehrarbeit gebracht. Allseitig wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Vertrauensmänner häufiger als bisher zu Sitzungen einberufen werden. Die ungenügende Höhe des Wochenlohnes wurde lebhaft erörtert. Eine neue Drucklegung des Gaustatuts soll erfolgen, sobald normale Verhältnisse eingetreten sind. Dem Vorstande wurde einstimmig Entlastung erteilt. — X. Tarifkreis. (Versammlung der tarifkreuen Gehilfen am 2. März im „Gewerkschaftshause".) Gehilfenvorsitzender Fr. Runzler gab einen Bericht von der Sitzung des Tarifausschusses und in Verbindung damit einen Überblick über die in den Kriegsjahren erhaltenen Teuerungszulagen, an die man in unserm Gewerbe viel zu spät herangegangen sei. Bei dem Abbau der Teuerungszulagen werde hoffentlich dasselbe langsame Tempo eingehalten wie bei dem Aufbau. In der hierauf einsetzenden Debatte wurden von allen Rednern lebhaft die letzten Ausführungen des Vorsitzenden unterstrichen. Außerdem wurde verlangt, daß sich der Verband mehr wie bisher der Lehrlingsfrage widmen soll. Ebenso wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in Zukunft der hiesige Arbeitsnachweis ganz in der Hand der Gehilfen bleibt, um ein besseres Funktionieren zu ermöglichen. Vertreten waren die Tariforte Elmshorn (2), Pinneberg (1), Blankenese (1) und Itzehoe (1).

Rundschau

Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat. In Freiburg i. Br.: Wenk. — In Lissa i. P.: Schmidt. — In Weißenburg i. B.: Ferdinand Eckel. — In Burgstädt: Gogel. — In Lahr i. B.: Wilhelm Laub. — In Löwenberg: Adolf Wagner. — In Nidda: Wilhelm Lomb. — In Rauschwalde (Vorort von Görlitz): Max Latk als Vorsitzender des Arbeiterrats (zugleich als Mitglied des Vollzugsrats und Vorstandsmitglied des Kreisrats).

Ferien! Die Buchdruckerei Walter Opitz in Herford bewilligte dem gesamten technischen und kaufmännischen Personal einschließlich der Lehrlinge eine Woche Ferien. Weniger als ein Jahr Beschäftigte erhalten drei Tage.

Unglücksfall. Bei einer vor einigen Tagen in der Brunnschen Buchdruckerei in Heiligenstadt im Setzmaschinenraum erfolgten Explosion erlitt ein Maschinensetzerkollege schwere Brandwunden. Der durch die Explosion hervorgerufene Brand wurde im Entstehen gelöscht.

Feuergefährliches Waschmittel. In einer westdeutschen Buchdruckerei wurde das Meyenfeldsche Waschmittel zum Waschen der Formen, Walzen usw. benutzt und hat dort zu einem schweren, mehrere Personen betreffenden Unfall geführt. In der Offizin nahm man an, daß diese Flüssigkeit ganz feuersicher sei. Auch waren in den Prospekten dieser Firma keinerlei Angaben enthalten, daß dieses Waschmittel explosive Gase entwickele. Infolgedessen ist dieses Waschmittel behandelt worden wie Seifenlauge und ähnliches, ohne daß die bei feuergefährlichen Waschmitteln üblichen Vorsichtsmaßregeln in Anwendung kamen. Hierzu lag ja auch keine Veranlassung vor, weil das Meyenfeldsche Waschmittel bisher als nicht feuergefährlich galt. Im vorliegenden Falle war das Waschmittel aus einem Eisenbehälter in eine 15 Liter enthaltende Glaskorbflasche umgefüllt worden. Beim nicht ganz vorsichtigen Hinschaffen dieser Korbflasche zum Aufzug erlitt die Flasche einen Sprung, so daß Tropfen auf den Boden rannen. Der in Betracht kommende Arbeiter befand sich mit der Korbflasche in dem Aufzug, als der unmittelbar daneben liegende Motor angelassen wurde. Sofort erfolgte eine starke Explosion, wobei mehrere Angestellte durch schwere Brandwunden und Quetschungen verletzt wurden. Der Unfall ist nur dadurch zu erklären, daß die ausrinnende Flüssigkeit explosive Gase entwickelt hat, welche durch ein Überspringen von elektrischen Funken beim Anlassen des Motors zur Entzündung kamen. Wir machen auf diesen Vorfall besonders aufmerksam, damit bei der Verwendung dieses Mittels die nötige Vorsicht angewendet wird, wie sie auch sonst für die Verwendung von leicht brennbaren Waschmitteln vorgeschrieben ist.

Zur Bewegung der Angestellten in der Metallindustrie. Nach langwierigen Verhandlungen ist vom

Schlichtungsausschusse Groß-Berlin in der vergangenen Woche ein Schiedsspruch in Sachen der Bewegung der Angestellten in der Berliner Metallindustrie gefällt worden. Die Monatseinkommen vom Juli 1914 wurden, je nach den bisher gezahlten Gehältern, um 40 Proz. bei einem Einkommen von 500 bis 600 Mk. bis zu 155 Proz. bei einem solchen von 100 bis 125 Mk. erhöht, so daß als Mindesteinkommen für über 20 Jahre alte Angestellte der Betrag von 275 Mk. anzusehen ist, während das Maximaleinkommen monatlich 800 Mk. beträgt. Für Angestellte unter 20 Jahren sind Mindesteinkommen von 100 bis 250 Mk. festgesetzt worden. Jedem Angestellten wurde garantiert, daß sein neues Einkommen, wenn er ledig ist, um 40 Mk., wenn er verheiratet ist, um 45 Mk. mindestens höher ist als im November 1918. Kinderzulagen, Funktionszulagen und Weihnachtsgratifikationen werden weitergewährt. In der Frage des Mitbestimmungsrechts bei Kündigungen, Entlassungen und Einstellungen der Angestellten kam der Schiedsspruch den Forderungen der Streikenden wenig oder gar nicht entgegen, so daß eine Ablehnung des Schiedsspruchs seitens der Arbeitnehmer zu befürchten war. Während nämlich die Industriellen den Schiedsspruch bereits anerkannt hatten, faßten die Obleute aus den streikenden Betrieben mit erdrückender Mehrheit den Beschluß, den Spruch als unzureichend abzulehnen und den Ausstand so lange fortzusetzen, bis die Forderung des Mitbestimmungsrechts der Angestellten von den Unternehmern anerkannt ist. Dieser Beschluß wurde den Mitgliedern der in Betracht kommenden Organisationen zur Sanktion empfohlen. Inzwischen hat nun die Reichsregierung versucht, vermittelnd einzugreifen; die Metallindustriellen haben jedoch die Vermittlung abgelehnt mit dem Hinweise, daß seitens der Angestellten eine endgültige Ablehnung des Schiedsspruchs noch nicht erfolgt sei. Spätere Verhandlungen vor dem Vollzugsrate, bei der sich die Metallindustriellen vertreten ließen, und an welcher auch ein Vertreter der Regierung teilnahm, verliefen ergebnislos, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach leider mit einer verschärften Fortsetzung des Streiks gerechnet werden muß. Seitens der Streikleitung werden sämtliche Angestellte Berlins aufgefordert, gemeinsam mit denjenigen in der Metallindustrie den Kampf aufzunehmen. Die Leitungen der Berliner Gewerkschaften haben ebenfalls zu der Angelegenheit Stellung genommen und eine Entschließung gefaßt, in welcher dokumentiert wird, daß bei längerer Dauer des Streiks die Gewerkschaften in immer größere Mitleidenschaft gezogen werden. Den Streikenden wurde die volle Sympathie in ihrem Kampfe gegen ein rückständiges Unternehmertum ausgesprochen; in das Reichsarbeitsamt sind zwei Vertreter entsandt worden, um mit demselben die Gefährlichkeit der Situation für das allgemeine Wirtschaftsleben zu erörtern und diese Behörde zu ersuchen, die Unternehmer zu größerem Entgegenkommen zu bewegen oder durch eine Notverordnung gesetzlich dazu anzuhalten.

Arbeitersekretäre gesucht! Für **Lübeck** werden zwei Arbeitersekretäre gesucht. Dieselben müssen vor allem die Arbeiterversicherungsgesetze und das Arbeiterrecht beherrschen. Bewerbungen mit kurzgefaßten Angaben über die bisherige Tätigkeit sind sofort an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, August Rochsien in Lübeck, Johannisstraße 48 II, zu richten. — Ferner sucht das Gewerkschaftskartell in Schweinfurt zu möglichst sofortigem Antritt einen Arbeitersekretär. Reflektiert wird auf eine mit den Aufgaben eines Arbeiter- und Gewerkschaftssekretärs vollkommen vertraute Kraft. Das Gehalt beträgt monatlich 400 Mk. einschließlich Teuerungszulage. Besondere Zulagen sind vorbehalten. Vorrücken nach den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Meldungen werden in diesem Fall unter Angabe der bisherigen Tätigkeit bis zum 24. April an Georg Ebehalt in Schweinfurt, Seestraße 16 I, erbeten.

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Am 23. und 24. Juni d. J. findet in Hamburg der sechzehnte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt. Aus der umfangreichen und zum Teil sehr bedeutungsvollen Tagesordnung erwähnen wird folgende Referate: Die parlamentarische Vertretung der Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaftsbewegung und die Neuordnung in Deutschland. Angelegenheiten des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Wert des deutschen Geldes im Auslande. Die fortgesetzten und immer wieder von neuem auflodernden Streiks — namentlich in den Bergwerken — in Deutschland müssen, wenn nicht sofort eine Wendung zum Bessern eintritt, Deutschland zum Zusammenbruche führen. Millionenwerte gehen durch die Ausstände verloren, und die Kohle, das einzige deutsche Zahlungsmittel im Auslande, reicht nicht für unsern Bedarf, geschweige denn dazu, die Lebensmittel bezahlen zu können. Täglich sinkt der Wert des deutschen Geldes. In Dänemark haben 112 Mk. deutschen Geldes nur noch den Wert von 33,25 Kr., in Stockholm den Wert von 31,50 Kr. In der Schweiz, wo vor einigen Tagen noch für einen Kaufpreis von 80 Mk. 197,50 Mk. bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 234 Mk. bezahlt werden. Das heißt, das deutsche Geld ist auf rund 25 Proz. seines Wertes gesunken! Gegenwärtig beträgt der Kursverlust pro 80 Mk. 36,50 Mk. In Deutschland haben wir zur Zeit etwa 35 Milliarden Mark Papiergeld im Verkehr. Auf 80 Mk. haben wir in wenigen Tagen 36,50 Mk. an Wert verloren, also auf 100 Mk. 45,72 Mk. Eine Tageszeitung rechnete vor kurzem aus, daß wir, gemessen an dem Stand unsres Geldes in der Schweiz, in wenigen Tagen nicht weniger als 15913750000 Mk. verloren haben. Das sind ganz bedenkliche Zahlen, und es ist an einen Abbau der Lebensmittelpreise gar nicht zu denken; im Gegenteil, diese werden immer weiter steigen. Mit aller Deutlichkeit muß einmal gesagt werden, daß es so nicht weiter gehen kann, daß unbedingt Schluß gemacht werden muß mit den unverantwortlichen Ausständen. Die deutschen Arbeiter besitzen glücklicherweise andre Mittel, um zu ihrem Rechte zu gelangen; Streiks sind von jeher der äußerste Notbehelf der wirtschaftlich Schwachen gewesen und sind es auch heute noch. Von einer wirtschaftlichen Schwäche der deutschen Arbeiter kann man jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur noch bedingt reden.

Sozialisierung eines Verlags. Der Verlag Kurt Wolff in Leipzig soll nach einer Entschließung des jetzigen Inhabers sozialisiert werden. Am 1. Oktober wird der Verlag nach München übersiedeln und in den gemeinsamen Besitz seiner Angestellten einschließlich seiner Lektoren und des derzeitigen Inhabers übergehen. Mit der praktischen Durchführung der als fragwürdig anzusehenden Sozialisierung dieses Unternehmens ist der bekannte Soziologe und Herausgeber der „Rätezeitung", Dr. Alphons Goldschmidt in Berlin, betraut worden.

Gründung einer Volkshochschule für Ostpreußen. In einer Versammlung in Königsberg, an welcher die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, Vertreter der Universität und Schulen, der Geistlichkeit aller Konfessionen sowie der Presse und der Arbeiterschaft teilnahmen, wurde die Gründung einer ostpreußischen Volkshochschule beschlossen. Die weiteren Vorarbeiten wurden einem Arbeitsausschuß übertragen.

Briefkasten

E. D. in B.: Findet in einiger Zeit Aufnahme. Der große Andrang in den letzten Wochen ist ein verzögerndes Moment. — **O. P. in B.:** Wir finden, Sie haben sich mit dem Artikel übereilt, weil Sie nicht wissen können, was hier noch aus dem Tintenfasse steigt. Sie meinen es aber gut, gegen Aufnahme also nichts einzuwenden. Bei dem allzu reichlichen Lager älterer Sachen müssen Sie indes einige Geduld haben. — **R. G. in L.:** Soll ebenfalls aufgenommen werden; je umfangreicher, desto schwieriger wird aber die Unterbringung, denn es sind ihrer viele angetreten, die etwas sagen wollen. **K. M. D. in D.:** Das erstere ist einzig und darf der Öffentlichkeit unter keinen Umständen vorenthalten werden. Aber auch für das andre wird sich gelegentlich Verwendung finden. Gruß! — **P. H. in E.:** Die Teuerungszulage ist anteilig zu bezahlen und **kann** demnach für die versäumte Zeit in Abzug gebracht werden. — **R. S. F.:** Dankend empfangen. — **M. H. in Kattowitz:** 3,25 Mk.

▫ ▫ ▫ Verbandsnachrichten ▫ ▫ ▫

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Ebersbach i. Sa. Vorsitzender: Albert Herrmann, Nr. 216
Hof. Vertrauensmann: Wilhelm Unger, Feldstraße 8.
Jüterbog. Vorsitzender und Kassierer: W. Niendorf, Rotes Meer 5.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im **Gau Bayern** 1. der Faktor Heinrich Waller, geb. in Münchberg 1891, ausgel. in Selb 1908; 2. der Setzer Michael Wohlmann, geb. in Tristern 1887, ausgel. in Limbach 1904; 3. der Drucker Emil Kölbel, geb. in München 1894, ausgel. das. 1912; waren schon Mitglieder; 4. der Schweizerdegen Franz Leo, geb. in Gundelfingen 1899, ausgel. das. 1916; die Setzer 5. Franz Kraut, geb. in Weitersweiler 1879, ausgel. in Kirchheimbolanden 1896; 6. Friedrich Uhl, geb. in München 1878, ausgel. das. 1895; 7. der Drucker Joseph Uhl, geb. in München 1881, ausgel. das. 1898; waren noch nicht Mitglieder. — Hans Hemmerich in München, Holzstraße 24 I.

Versammlungskalender

Halle a. d. S. Versammlung heute Donnerstag, den 17. April, abends 7½ Uhr, im „Riebeckbräu", Gr. Berlin.
Hamburg. Maschinensetzer-Vierteljahrsversammlung am Sonntag, dem 27. April, vormittags 10½ Uhr, im „Technischen Vorlesungsgebäude" (Saal 9), Lübecker Tor 24.
Leipzig. Korrektorenversammlung Montag, den 28. April, abends 6 Uhr, in der „Goldenen Säge", Dresdner Straße 19. — Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 27. April, vormittags pünktlich 10½ Uhr, im „Volkshaus", Zeitzer Straße 32 (Café Mitte).

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Rätewesen und Rätedogma. — Keine Zersplitterung!

Gewerkschaftsrevue: Beginnende Klärung über zukünftige gewerkschaftliche Aufgaben. — Das Anwachsen der Bewegung. — Reichsverband der Arbeiter Deutschlands, eine anarcho-syndikalistische Gründung. — Zusammenschluß des gesamten maßgebenden Unternehmertums. — Abschluß von Kollektivverträgen auf erweiterter Basis.

Korrespondenzen: Berlin. — Göttingen. — Greifswald. — Hamburg-Altona.

Rundschau: Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat. — Ferien! — Unglücksfall. — Feuergefährliches Waschmittel. — Zur Bewegung der Angestellten in der Metallindustrie. — Arbeitersekretäre gesucht. — Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. — Der Wert des deutschen Geldes im Auslande. — Sozialisierung eines Verlags. — Gründung einer Volkshochschule für Ostpreußen.

Falzapparat zu verkaufen

Derselbe ist an einer Flachdruckpresse montiert, so gut wie neu und kann im Betriebe vorgeführt werden. Er wird wegen Anschaffung einer Rotationsmaschine verkauft. Gebaut 1917 von Preuße & Ko., Leipzig. Offerten an [606
Karl Schmalfeldt, Verlag und Druckerei, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225.

Mehrere Handsetzer
für Russisch gesucht. [605
Spamerscher Buchdruckerei, Leipzig.

Kalkulator
für Werk- und Zeitungsdruck zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Lebenslauf erbeten an
Lion & Ko. Zentrale, Nürnberg, Adlerstraße 21.

Schweizerdegen
gesucht. Nur durchaus saubere und akkurate Arbeiter wollen sich melden. Gefl. Offerten unter A. B. 613 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt einen sehr ordentlichen und tüchtigen [614
Schweizerdegen
welcher guter Papierkenner ist, sicher und zuverlässig kalkulieren kann und selbst überall mit Hand anlegt. Die Stellung ist ganz selbständig u. dauernd. Unbedingtes Erfordernis: Lehrberechtigung. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnissen erbitten umgehend
Wilh. Meißner Nachfolger, Buchdruckerei, Bitterfeld.

Tüchtige
Galvanoplastiker
sofort gesucht. [612
Schriftgießerei Flinsch, Frankfurt a. M.

Junger
Schriftsetzer
(Werk und Akzidenz) sucht für sofort Stellung. Gefl. Angebote erbeten an
R. Barthel, [608
Neu-Gärichen bei Niesky O/L. (Schles.).

Linotypesetzer
26 Jahre alt, sucht Stellung. Gefl. Offerten unter Nr. 604 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger, strebsamer
Galvanoplastiker
25 Jahre alt, sucht für sofort Stellung. Ganz gleich wohin! Werte Off. mit Gehaltsangaben unter 589 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verlangen Sie sofort
Prospekt über unsern briefl. Unterricht in Kalkulation und Papierkunde. Jede Berechnung w. durch uns kontrolliert.
Kalkulationsbureau, [610
Berlin SW 61, Teltower Straße 17.

Achtbare Kollegen
zum vertretungsweisen Verkauf von Werkzeugen und Hilfsbüchern für Setzer und Drucker in technischen Vereinen, einzelnen Druckereien an jedem Druckorte (Provinz und Großstadt) gesucht. Lohnender Nebenverdienst. Angebote unter „Ahlspitze 609" an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ahlen, Pinzetten, Zurichtescheren usw. Fachliteratur, Geschenkart. Katalog umf. P. Goldschmidt, Halle a. d. S., Rosenstr. 3.

Für den Lernenden
ist, neben seiner praktischen Ausbildung und zur Erleichterung derselben, ein gutes Fachbuch von unschätzbarem Werte. Ein solches:
Der Wegleiter für Schriftsetzerlehrlinge
ist portofr. f. 1,25 Mk. z. bez. v.
Verband der Deutschen Typograph. Gesellschaften Leipzig, Salomonstr. 8 III. Postscheck 53430.
Illustr. Preisliste kostenlos.
und den Lehrenden

Die Verbandsausstellung in Albumform, jede Einzelaufnahme in Gravüre — feinster Illustrationsdruck.
Als Postkarte ein- u. mehrfarbig: Das Verbandsmonument von der Intern. Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914.
Karte 2 Stück 15 Pfg. Album 35 Pfg. portofrei durch Georg Läblich, Leipzig, Salomonstraße 8.

Ww M. MATHAEUS
DESSAU
Zerbsterstr. 64
Preisliste fr.

Graphische Werkzeuge sowie sämtliche Spezialwerkz. für Maschinenmeister empf. in bester Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Stötteritz, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis und franko. [841

Typographische Fachliteratur
Lehrbücher für Satz und Druck empfiehlt Graph. Verlag K. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Unserm werten Kollegen
Paul Forwerk
zu seinem fünfzigjährigen Berufsjubiläum [598
die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kollegen der Firma Friedr. Gröber, Buchdruckerei, Leipzig.

Am 7. April verschied nach kurzem Leiden unser wertes Mitglied, der Setzerinvalide
Ernst Beer
aus Kreuzburg, 70 Jahre alt.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Breslau.

Am 9. April verstarb unser lieber Kollege, der Galvanoplastiker [602
Artur Dittrich
aus Leipzig-Schönefeld, im 35. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Nach kurzem schweren Leiden verschied am 9. April unser liebes Mitglied, der Galvanoplastiker
Artur Dittrich
aus Leipzig-Schönefeld, im Alter von 34 Jahren. [603
Ein ehrendes Andenken wird ihm jederzeit bewahren
Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona u. Umg.

Am 3. April verschied unser lieber Kollege, der Drucker
Max Debitz
im 49. Lebensjahre. [611
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Druckerkollegen der Firma W. Bobach & Ko., Leipzig.

Am 5. April verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Metteur [601
Robert Lex
im Alter von 29 Jahren an der Schwindsucht.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Ortsverein Ratibor. Bezirksverein Kattowitz.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.